

Auf dem rechten Auge blind



Montage: ks/Gerler

Es riecht nach Vertuschung. Die Aufklärung der Nazi-Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) und ihres Unterstützer-Netzwerks soll in eine vierköpfige Bund-Länder-Kommission abgeschoben werden, die hinter verschlossenen Türen tagt.

DIE LINKE lehnt das ab und fordert stattdessen auf Bundesebene einen Untersuchungsausschuss des Bundestags und in Thüringen eine transparente Aufklärung in der eingesetzten »Schäfer-Kommission« sowie im Parlament, bei der auch das komplette Versagen der Sicherheitsbehörden und die mögliche Verstrickung staatlicher Stellen mit dem Neonazi-Netzwerk aufgeklärt werden müssen.

Dreizehn Jahre lang war es einer Gruppe von polizeibekanntem und per Haftbefehl gesuchten

Neonazis möglich, problemlos abzutauchen, Waffen zu horten und aus dem Untergrund heraus schwerste Straftaten zu begehen. Eine Festnahme der seit 1998 wegen Bombenbau gesuchten Gruppe war angeblich nie möglich, obwohl Polizei und Verfassungsschutz ihnen auf den Fersen waren. Ein vollständiges Versagen der Behörden ist festzustellen, Mitwisserschaft durch staatliche Stellen scheint nicht mehr undenkbar.

Fortsetzung Seite 3

Aus dem Inhalt: **4** Redaktionsbeitrag: Keine Zustimmung zum Haushalt 2012

6 Redaktionsbeitrag: Das faule Ei der CDU

10 Wolfgang Möller: Ein Tag vor Ort | Die linke Medien-Akademie (LiMA) regional in Erfurt

DIE LINKE. Einladungen

Der Kreisvorstand
DIE LINKE. Gotha hat in seiner
Sitzung am 29. November 2011
Folgendes beschlossen:

I.

Alle Mitglieder des Kreisverbandes Gotha werden zur

Gesamtmitgliederversammlung
am Samstag, dem 4. Februar 2012,
um 9.30 Uhr

in das Hotel »Thüringer Waldblick«, Boxberg 86, 99894 Leinatal eingeladen.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Schwerpunkte der politischen Arbeit im Jahr 2012
2. Diskussion
3. Wahl von 2 Delegierten für den Bundesparteitag
4. Gegebenenfalls Nominierung eines Kandidaten oder einer Kandidatin für die Wahl des Gothaer Landrates.

II.

Alle Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Gotha mit Hauptwohnsitz in der Stadt Gotha werden zur

Gesamtmitgliederversammlung
am Samstag, dem 4. Februar 2012,
um 13.00 Uhr

in das Hotel »Thüringer Waldblick«, Boxberg 86, 99894 Leinatal eingeladen.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Vorbereitung auf die Wahl des Oberbürgermeisters der Stadt Gotha
2. Nominierung eines Kandidaten oder einer Kandidatin für die Wahl des Oberbürgermeisters.

Parteiprogramm bestellen

Die 2. Tagung des 2. Parteitages – der Erfurter Parteitag – der LINKEN fand vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt statt. Im Mittelpunkt dieses Bundesparteitages standen die Beratung und die Beschlussfassung über das neue Parteiprogramm, das durch einen Mitgliederentscheid bestätigt werden wird.

- Interessenten können über den Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha ein Exemplar des Programms bestellen.
- Ein Anruf unter (03621) 85 61 62 oder eine E-Mail unter der Adresse kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de genügen.

Offenlegung der Bedürftigkeit ist diskriminierend und untragbar

Im Haushaltsentwurf 2012 der Stadt Gotha zeichnen sich die ersten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich ab – Auswirkungen, die insbesondere an den Einnahmen und den Schlüsselzuweisungen spürbar werden. Im Land sind die Mittel knapp, und somit werden sie für die Kommunen gekürzt.

Es sind die sogenannten freiwilligen Leistungen und die Investitionen, die in erster Linie gestrichen werden. Die Pflichtleistungen der Gemeinden, wie Verwaltungstätigkeit, städtische Einrichtungen und übertragene Aufgaben durch Landkreis und Land, müssen weiter getätigt und damit auch unterhalten werden.

Mit den freiwilligen Leistungen werden zum Beispiel gerade die sozialen und gemeinschaftlichen Projekte finanziert und unterhalten. Daher sind deren Kürzungen nicht zu billigen. Gerade in Zeiten des Niedriglohns, der prekären Beschäftigung und der zunehmenden sozialen Ausgrenzung unter den Menschen ist es umso wichtiger, Orte, Einrichtungen oder Gruppierungen zu finden, bei denen Menschen Hilfe bekommen bzw. sich mit ihren Interessen und Ideen entfalten können.



Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Gotha fordert daher:

- den Betrag bei der Bezuschussung für das Bündnis gegen rechte Gewalt wie im Vorjahr beizubehalten. Es ist für uns unverstänlich, wie in der aktuellen Situation des Rechtsterrorismus in Thüringen und in der gesamten Bundesrepublik versucht wird, einem Bündnis, das sich auch in Zukunft noch intensiver mit diesem Thema beschäftigen wird, die Mittel zusammenzuziehen.
- die Beibehaltung der Zuschüsse für das Fanfaren-Show-Orchester und den Verein »Art der Stadt« in Höhe des Vorjahresbetrages. Somit können viele Menschen, insbesondere Jugendliche und Kinder, in einer gut organisierten Gemeinschaft kreativ sein und sich entfalten. Im Fanfarenzug wird zudem ein hohes Maß an Sozialarbeit geleistet.
- die Erhöhung des Zuschusses in der Position »Lokale Agenda 21 für die Stadt Gotha« und gleichzeitig – verbunden mit einem Antrag – den bestehenden Maßnahmenkatalog auf die Tagesordnung einer der nächsten Stadtratssitzungen zu setzen, um über die Verteilung der Mittel zu diskutieren. Der für uns wichtigste Antrag ist dabei die Erhöhung der Mittel für den sogenannten »Gotha-Pass«. Er bietet bedürftigen Menschen in Gotha die Möglichkeit, öffentliche, kulturelle, verkehrstechnische und sportliche Einrichtungen günstiger zu nutzen.
- die Beibehaltung des Zuschusses für das Essgeld an unseren Grund- und Regelschulen.

Im letzten Jahr wurde in der Stadt und im Landkreis Gotha der Beschluss gefasst, das Schulesen pro Mahlzeit mit einem Euro zu bezuschussen. Eine deutlich erkennbare Folge war, dass

die Anzahl der Teilnehmer an der Schulspeisung sprunghaft auf das Doppelte gestiegen ist. In der Herzog-Ernst-Gesamtschule musste sogar eine Staffelung der Pausen eingeführt werden, um den Zeitplan bei der Essenversorgung einhalten zu können.

Und was passiert jetzt?

Der Bund beschließt ein sogenanntes Bildungs- und Teilhabepaket für Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kindergeld, und die Kommunen folgen im vorausseilenden Gehorsam und schaffen die bestehenden Regelungen ab. Das kann und darf nicht sein!

Die Fraktion der LINKEN hat diesbezüglich bereits am 14. April 2011 eine Anfrage an den Deutschen Bundestag gestellt und bestätigt bekommen, dass Kommunen neben dem

Bildungs- und Teilhabepaket weiterhin bezuschussen können. Wir schaffen mit dieser Regelung und der Rücknahme unseres Beschlusses eine Klassifizierung in den Schulen sowie die Notwendigkeit der Aufdeckung des sozialen Status in der Familie. Und das lehnen wir ab. Eine Offenlegung der Bedürftigkeit an den Schulen ist diskriminierend und untragbar.

Die Ablehnung dieser Bezuschussung bedingt im Übrigen auch die Ablehnung des gesamten Haushaltes, da der Zeitpunkt der Einführung (1. Januar 2012) und die fehlende Durchführungsregelung oder Satzung nicht gegeben sind.

Festzustellen am Haushalt 2012 bleibt,

- dass an den freiwilligen Leistungen gespart wird, dass der Verwaltungshaushalt nur zwangsweise erhalten wird und die Investitionen an eigenen vorhandenen Einrichtungen zugunsten von Prestige- und Großprojekte verschoben werden;
- dass der Personalabbau in den Verwaltungen weiter vorangeht, obwohl es an mehr Ausbildungsplätzen und Neueinstellungen dringend fehlt, um die Quantität der Dienstleistung am Bürger zu erhöhen.

- Die Aufstockung vorhandener und die Schaffung neuer Stadtteilzentren bzw. Neuregelungen bei den Energiepreisen (in den eigenen städtischen Unternehmen), die Senkung der Abgaben und Beiträge sowie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus wären wichtige und zukunftsorientierte Lösungen für die Lebensqualität in Gotha.

Bernd Fundheller
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gotha

Auch wenn vieles von dem Geschehenen noch unklar ist, werfen allein die als gesichert geltenden Fakten ein erschreckendes Licht auf die Neonazi-Szene und die deutschen Sicherheitsbehörden. Nachdem am 4. November 2011 die Mitglieder des NSU Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in Eisenach eine Bank überfallen hatten, wurden sie von der Polizei gestellt und starben durch Schüsse in ihrem Fluchtfahrzeug. Darin fand die Polizei eine Reihe von Waffen und Geld.

Nur wenige Stunden später zündete das dritte Mitglied des NSU, Beate Zschäpe, in Zwickau die gemeinsame Wohnung an, um Beweise zu vernichten, und flüchtet. Sie soll von den beiden Räufern telefonisch noch gewarnt worden sein, bevor sie starben. Auf ihrer Flucht versendete Zschäpe offenbar noch mehrere Kopien eines bereits 2007 fertig gestellten brutalen Bekennervideos an Politiker, Zeitungen und Vereine von Migranten. In dem Video werden die Opfer der Morde verhöhnt und der Zuschauer zu den Orten der Taten geführt. Der NSU sei »ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz Taten statt Worte«, heißt es im Video.

Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt sehen es mittlerweile als gesichert an, dass die Gruppe für 9 rassistische Morde zwischen 2001 und 2006 in sechs Städten, einen Mord an einer Polizistin 2007, zwei Sprengstoffanschläge sowie mindestens 14 Banküberfälle zwischen 1999 und 2011 verantwortlich sein soll. In den Ruinen des Hauses in Zwickau und dem Fluchtfahrzeug in Eisenach fand die Polizei insgesamt 19 Waffen – Pumpguns, Pistolen, eine Maschinenpistole und eine Handgranate. Am 7. November 2011 stellte sich Zschäpe dann in Jena der Polizei – eben dort, wo das seit den frühen 1990er Jahren in Thüringen aktive Neonazi-Trio 1998 abgetaucht war und seit dem angeblich nicht gefunden werden konnte.

In Thüringen hatte Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) eine vollständige und transparente Aufklärung versprochen und eine Sonderkommission eingesetzt. Doch inzwischen kommen Zweifel auf, ob Bundesregierung und Länder, Justiz und die Inlandsgeheimdienste genug tun. Opposition, Journalisten und einzelne Abgeordnete aus den Regierungsfractionen fordern vehement ein Ende des Schweigens des Staates und mehr öffentliche Informationen.

Im Thüringer Landtag hatte die PDS und später DIE LINKE seit 1990 kontinuierlich rechte Gewalt, Rassismus und die Bedrohung durch Neonazis auf die Tagesordnung gesetzt. Dafür wurden wir vor allem von der Landesregierung und der CDU scharf angegriffen. Verschweigen und Verharmlosen, das war für lange Jahre die Strategie der Landesregierung. Zahlreiche Anfragen der Linkspartei brachten aber immer wieder Informationen ans Licht, die von Regierung, Justiz und Geheimdienste lieber verschwiegen worden wären. Wir fragten nach Waffen, nach rechter Gewalt und Terror-Strukturen in der Thüringer Neonazi-Szene, und wir fragten nach dem untergetauchten Trio aus Jena. Befriedigende Antworten gab es fast nie, der Ton war oftmals unverschämte.

DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert ein konsequentes Vorgehen gegen Rechts durch die Zuständigen und die Unterstützung für antifaschistische und demokratische Initiativen gegen Rechts. Immer wieder skandalisierten wir in den letzten 20 Jahren, wenn staatliche

Stellen das rechte Auge zudrückten. Wir fordern bis heute ein Ende der rassistischen Behandlung von Migranten in Thüringen und kritisieren die Deuschtümelei der CDU, ihre ständigen Flirts mit der Neuen Rechten und ihre Liebe zur unwissenschaftlichen Extremismus-Theorie, die »Links« und »Rechts« in einen Topf wirft.

Unterdessen kommen immer mehr Fakten ans Licht. Ehemalige und heutige Funktionäre der NPD sollen als Unterstützer der Terror-Gruppe aktiv gewesen sein. Während sich Thüringens NPD heute gerne bürgerlich gibt und sich in den Kommunalparlamenten um das Image einer »Kümmerer«-Partei bemüht, fördert ein genauer Blick ein anderes Bild zu Tage. So sind 10 der 25 Thüringer NPD-Kommunalabgeordneten in 29 Fällen verurteilt, die Delikte reichen von Volksverhetzung, Brandstiftung und Landfriedensbruch über Körperverletzungen und Raub bis hin zu Erpressung und illegalem Waffenbesitz.

Vor allem Patrick Wieschke, Landesgeschäftsführer der Thüringer NPD und Mitglied im Bundesvorstand, kämpft seit vielen Jahren in Eisenach und im angrenzenden Wartburgkreis erfolgreich um die Verankerung vor Ort. Doch der heute so freundlich auftretende Wieschke wurde 2003 wegen Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss im Jahr 2000 in Eisenach zu einer Haftstrafe verurteilt, lange Jahre war er mit seinem »Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Westthüringen« Teil des »Thüringer Heimatschutzes«, aus dem nun die Mörder des NSU stammen.

1999 stellte der »Heimatschutz« mindestens vier Kreisvorsitzende und vier Landesvorstandsmitglieder der NPD in Thüringen. Spätestens die Festnahme von Ralf Wohlleben als mutmaßlichem Unterstützer des NSU – er soll eine Waffe und Munition beschafft haben – zeigt die Nähe der NPD zur braunen Terror-Gruppe NSU; er war stellvertretender Landesvorsitzender der Partei in Thüringen. Und der Chef des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke sagte mittlerweile: »Wir werden noch weitere Beziehungen zur NPD entdecken.«

■ DIE LINKE fordert ein Verbot der NPD. Das wäre ein erster Schritt, um den braunen Sumpf trockenzulegen. Doch es beseitigt nicht den in der Gesellschaft verbreiteten Rassismus, Neonazismus oder Antisemitismus.

■ DIE LINKE fordert daher unter anderem eine Antifaschismus-Klausel in den Landesverfassungen, den sofortigen Umbau des durch die CDU verwässerten »Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit« zu einem »Landesprogramm gegen Rechts«, das seinen Namen verdient, und die Rücknahme der sogenannten »Extremismus-Klausel«, die Projekte gegen Rechts in ihrer Arbeit behindert und unter einen Generalverdacht stellt.

In den aktuellen Beratungen zum Landeshaushalt 2012 hat DIE LINKE die sofortige Streichung der Mittel für die nachrichtendienstliche Arbeit des Thüringer Verfassungsschutzes, die Abschaffung des Amtes und die Umwandlung in eine öffentlich, vor allem transparent arbeitende Dokumentations- und Informationsstelle zur extremen Rechten bis Sommer 2012 beantragt.

Fortsetzung von Seite 1

Auf dem rechten Auge blind

Unser
Autor:

Paul Wellso,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter
der Fraktion
DIE LINKE.
im Thüringer
Landtag



Keine Zustimmung zum Haushalt 2012

Zu Beginn der letzten Sitzung im Jahr 2011 informierte Landrat Konrad Gießmann (CDU) sehr ausführlich über die gute Zusammenarbeit der beiden Träger des Jobcenters – die Agentur für Arbeit und der Landkreis Gotha. Er führte Vergleichszahlen zu anderen Thüringer Landkreisen an und konnte viel Gutes aufzählen, so auch die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung mit Zuständigkeit von einer Hand.

Im Kreistag selbst standen die Zuschüsse zum Schulessen im Vordergrund der Beratungen. Dazu erarbeitete die Fraktion der LINKEN bereits im September den Antrag »Bildungspaket umsetzen – erste Schritte gehen«, der als Tagesordnungspunkt abschließend beraten werden sollte. Mit den Informationen zum Jobcenter war der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN der Übergang geschaffen

worden, dem Landrat in seiner Informationspolitik Versäumnisse vorzuwerfen und den Antrag zurückzuziehen: »Wenn wir all das, was wir heute wissen, eher gewusst hätten, hätte es unseres Antrages gar nicht bedurft.« Die beschlossene Lösung zur Bezuschussung des Schulessens sei nicht die der LINKEN, ihr Ansatz jedoch war nicht mehrheitsfähig.

»Soviel Geld

werden wir nie wieder haben«

Diese Feststellung traf Landrat Gießmann zur dritten Lesung des Haushaltsplanes für 2012 im nächsten Tagesordnungspunkt. Statt der Mindereinnahmen in Höhe von 5,5 Millionen Euro erhält der Landkreis Gotha nur 4,3 Millionen weniger vom Freistaat Thüringen. In diesem Zusammenhang kritisierte Gießmann die Landesregierung und forderte eine Neuorganisation des Kommunalen Finanzausgleichs. In den Folgejahren rechne er mit einem »drastischen Einnahmerückgang«, der die Kreisumlage in die Höhe treiben wird. Für das Jahr 2012 wird die Kreisumlage auf 31,13 Prozent ansteigen – auch wegen einer geplanten Kreditaufnahme von knapp 1,8 Millionen Euro.

Fraktionsvize *Uwe Obwald* eröffnete die Diskussion für die CDU-Fraktion. Man dürfe auf ein erfolgreiches Jahr 2011 zurückblicken. »Die Wirtschaft brummt« dank Konjunkturpaket, und der CDU-Slogan »Sparen und gestalten« werde umgesetzt. Obwald lobte die niedrige Kreisumlage sowie die Senkung der Schulumlage, ohne zu erwähnen, dass die CDU-Fraktion keinen eigenen Antrag hierzu geliefert hatte.

Das »Prinzip Hoffnung« habe sich gelohnt, verriet *Stefan Schambach* (SPD). Auf Drängen seiner Fraktion wurde letztlich die Sitzung in den Dezember verschoben, um die Steuerschätzungen und Änderungen im Landeshaushalt abzuwarten. »Mit diesem Kreishaushalt können die Städte und Gemeinden ganz gut leben«, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

DIE LINKE

lehnt den Haushaltsentwurf ab

Kritischer betrachtete die Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN, *Vera Fitzke*, den vorliegenden Entwurf. Sie sprach von einem »Rückzug vom Rückzug«, den das Land praktiziere, weil den Kommunen doch etwas mehr Geld zufließen soll, als ursprünglich geplant war. Proteste und die bevorstehenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen

mögen dafür die Ursache gewesen sein. Sie verwies darauf, dass die Fraktion DIE LINKE einem Kredit ohne Nachhaltigkeit, aufgenommen zur Schuldentilgung, nicht zustimmen wird. Auch sei die Kürzung des Zuschusses beim Schulessen ein weiterer Grund, dem Haushaltsplan 2012 die Zustimmung zu verweigern.



Schuld an der sozialen Schieflage sind vor allem die »verfehlte Landes- und Bundespolitik«, unter der die Kommunen und folglich die Bevölkerung zu leiden haben. Sie vermisse eine Steuerreform sowie eine Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform und forderte vom Landrat und den Bürgermeistern mehr Druck auf die Landesregierung auszuüben. »Dafür werden Sie immer die Unterstützung der Fraktion der LINKEN erhalten«, so die Fraktionsvorsitzende.

Antrag ohne Diskussion abgelehnt

Sebastian Schreiner (DIE LINKE) beantragte die Einführung einer Budgetierung und die Erarbeitung von Leistungsvorgaben für die Ämter des Landratsamtes. Er begründete es damit, dass eine effektive Steuerung der Verwaltungsarbeit nicht mit hunderten kleinen Haushaltsstellen im Haushaltsplan erledigt ist. Es müsse eine Übersicht vorliegen, wonach ersichtlich ist, über wie viele Geldmittel die Verwaltungseinheiten verfügen und welche Ziele damit verfolgt werden sollen.

Dabei berief sich Sebastian Schreiner auf die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, die dieses moderne Verwaltungsmanagement befürwortet.

Landrat *Gießmann* lehnte in seinen Ausführungen die Budgetierung kategorisch ab. Eine solche Dezentralisierung führe seiner Auffassung nach nicht zu einem effektiveren Handeln der Verwaltung. Auch sei eine Zu-

sammenlegung von fachlicher Verantwortung und der Verantwortung über den Einsatz von Finanzmitteln nicht sinnvoll. Das Landratsamt Gotha werde zukünftig weiterhin zentral gesteuert.

Der Antrag auf Überweisung des Antrages »Einführung einer Budgetierung« in den Kreisausschuss wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Zu einer abschließenden Diskussion kam es nicht. Eine Wortmeldung von Sebastian Schreiner, um den Antrag zu verteidigen, unterband der Kreistagsvorsitzende *Klaus Reißig* (CDU). Er rief die Kreistagsmitglieder umgehend zu einer endgültigen Abstimmung auf, mit deren Ergebnis der Antrag abgelehnt wurde.

Kommunen in Zukunft entlasten

Einen weiteren Antrag der Fraktion DIE LINKE legte Vera Fitzke dem Gothaer Kreistag vor. Dieser Antrag bezog sich auf die Änderung der Hauptsatzung und beinhaltete zum einen die Reduzierung der monatlichen Aufwandsentschädigungen für Kreistagsabgeordnete um 50 Euro und zum anderen die Streichung der Stelle eines hauptamtlichen Beigeordneten.

»Zunächst sei es wegen der knappen kommunalen Finanzen angebracht, dass auch Kreistagsmitglieder Verzicht üben«, begründete Vera Fitzke den Antrag. Bezüglich der Beigeordnetenstelle machte DIE LINKE klar, dass sie sich eine effektivere und effizientere Verwaltung sowie eine bessere und engere Zusammenarbeit mit dieser wünsche. Ohne Kommentierung des Landrates und ohne Diskussion wurden sowohl die Überweisung des Antrages in den Kreisausschuss als auch der Antrag selbst mehrheitlich abgelehnt. □

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

Kontakt:

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Fon:

03621/856162 | 856166

Fax:

03621/856164 | Vera Fitzke (V.i.S.d.P.)

In die Ecke gestellt...

...und war's das dann? Gotha hatte ein Antifaschisten-Denkmal. Es stand im Rosengarten und wurde auf Geheiß des Oberbürgermeisters Knut Kreuch (SPD) im Juni 2011 abgebaut, weil es den geplanten Veränderungsmaßnahmen der Schlossanlagen im Weg stand. Das ging sehr schnell, doch mit den Veränderungen an der Schlossanlage wurde bis heute noch nicht begonnen.

In Gesprächen mit einer Gruppe von kompetenten und engagierten Bürgern, die sich vehement für den Erhalt eines solchen Denkmals in unserer Stadt einsetzt, wurde vereinbart, dass ein neuer Ort für das ehrende Gedenken geschaffen werden sollte. Und so wurde dafür an der Marstall-Kreuzung die spitze Fläche zwischen Bahnhofstraße und Mozartstraße in Aussicht gestellt – eine gut sichtbare, verkehrstechnisch bestens geeignete und zudem würdige Stelle, um dieser tapferen Menschen zu gedenken.

Indes jedoch bot Gothas Oberbürgermeister in einer kleinen Gesprächsrunde, ohne eine Teilnahme von Mitgliedern aus der Gruppe der engagierten Bürger, einen Kompromiss an: Die Stadt Gotha bekommt wieder ein Antifaschisten-Denkmal auch mit der Inschrift »Ehrendes Gedenken dem antifaschistischen Widerstand und den Opfern des

Naziregimes 1933 – 1945« – allerdings auf dem Hauptfriedhof, also an der Peripherie der Stadt.

Da fragt man sich doch ernsthaft, was soll damit bezweckt werden? Warum darf es kein Antifaschisten-Denkmal mitten in der Stadt geben? Ein solches Denkmal soll nicht nur an die vielen Toten erinnern, die dem Naziterror zum Opfer fielen, sondern auch an jene Menschen, die den Faschismus überlebt haben, große Gefahren auf sich nahmen oder in den Gefängnissen und Konzentrationslagern gelitten hatten.

In Gotha und in seinem Umland gab es weit über einhundert Antifaschisten, deren Namen bis heute bekannt sind. Warum sollen diese tapferen Menschen nicht an für alle deutlich sichtbarer Stelle geehrt werden? Weshalb nur ein Gedenken auf dem Hauptfriedhof? Nazis hingegen halten ihre Mahn-

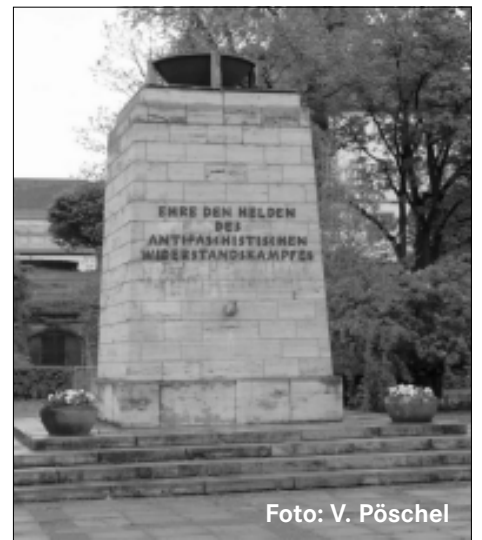


Foto: V. Pöschel

Einst im Mittelpunkt der Öffentlichkeit: Das Antifaschisten-Denkmal im Rosengarten, Mai 2005.

wachen mitten in der Stadt ab. Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Es entspricht überhaupt nicht unserem linken Bewusstsein, wenn wir alles ohne Widerspruch hinnehmen, auch wenn die Aussicht auf Erfolg gering erscheint. »Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren«, sagte Bert Brecht.

Christine Brand

Aller guten Dinge sind drei

In den vergangen zwei Jahren ist uns etwas gelungen, das viele für unmöglich gehalten hatten: Wir haben den Naziaufmarsch in Dresden erfolgreich blockiert. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen.

Mit dem Aufmarsch im Februar versuchten sie in den vergangenen Jahren, im Gedenken an die Bombardierungen Dresdens im Februar 1945 und den damit einhergehenden Mythos der »unschuldigen Stadt Dresden« anzuknüpfen.

(...) Doch die Dynamik der Aufmärsche ist gebrochen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem entschlossenen Handeln von zwölf-tausend (im Jahr 2010) und zwanzigttausend Menschen (im Jahr 2011), die mit Massenblockaden den Marsch der Nazis verhinderten.

Wir wenden uns gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Daher werden wir am 13. Februar 2012 den »Täterspuren«-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in Dresden zu erinnern.

»Sagen, was man tut, und tun, was man sagt« – durch dieses Motto war unser Handeln der letzten Jahre geprägt. Dabei bleibt es! Uns eint das Ziel, den Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Unser Ziel ist dabei nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu blockieren – von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

(...) Antifaschisten wurden in den letzten Monaten vermehrt mit staatlichen Repressionen überzogen. Rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren, selbst Immunitätsaufhebungen werden uns nicht einschüchtern. Versuchen von au-

ßen, uns mittels der Extremismustheorie zu spalten, setzen wir unsere Solidarität entgegen. Wir lassen uns nicht spalten. Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim!

Lassen wir uns nicht einschüchtern! Wir protestieren im Februar in Dresden auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und gegen einen Schnüffel-Staat. In Dresden soll bewusst das Rechtsordnungsprinzip der Verhältnismäßigkeit verschoben werden, um einen »gläsernen Demonstranten« zu schaffen. Wir treten dem entschieden entgegen. Dabei stehen wir zusammen gegen alle Versuche der Einschüchterung und der Beschneidung unserer Bürgerrechte.

Auch 2012 werden wir den Naziaufmarsch in Dresden blockieren. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Nazis zeigt einmal mehr, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln ist. Antifaschistisches Engagement darf nicht kriminalisiert, sondern muss unterstützt werden. Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden. Schluss damit!

Wir geben den Nazis keinen Meter Straße preis. Wir blockieren sie in Dresden: bunt und lautstark, kreativ und entschlossen! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Aufruf des Bündnisses »Dresden Nazifrei 2012« (redaktionell leicht gekürzt.) *Text und Grafik: www.dresden-nazifrei.com*



Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist

Die Christdemokraten bekennen sich zum Mindestlohn. Da muss doch ganz besorgt gefragt werden: CDU – ist das nicht die Partei, die uns immer wieder sagte, das geht nicht? Richtig, und die Behauptung lautete stoisch: Das vernichtete Arbeitsplätze.

In allen europäischen Nachbarländern gibt es bereits gesetzliche Mindestlöhne, und sie sorgten sogar für mehr Arbeitsplätze. In Großbritannien ist der Mindestlohn in den Jahren von 1999 bis 2004 um 35 Prozent erhöht worden, während die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum von 6,2 Prozent auf 4,7 Prozent gesunken ist. Warum gerade Deutschland da eine Ausnahme machen sollte, bleibt das ewige Geheimnis der Merkel-CDU.

Nun endlich bekennt sich diese Partei zum Mindestlohn, nennt ihn allerdings verschämt Lohnuntergrenze. Die christlichen Demokraten wollen sie an den Löhnen in der Leiharbeiterbranche festmachen. Leiharbeiter verdienen in der Regel deutlich weniger als ihre fest eingestellten Kollegen.

Es wird also auf den unteren Bereich der Lohnskala geschickt. Hinzu kommt: Die Bundesregierung will nicht die Höhe der sogenannten Lohnuntergrenze bestimmen, sie soll vielmehr zwischen den Tarifpartnern ausgehandelt werden. In allen anderen europäischen Ländern, in denen es einen Mindestlohn gibt, wurde diese staatlich festgelegt.

Das Nichtfestlegen der Lohnuntergrenze seitens des Staates bedeutet schlussendlich: Die Frisöse in Leipzig bekommt ihre 3,50 Euro pro Stunde als Mindestlohn. Um monatlich 1500 Euro zu verdienen müsste sie 430 Stunden im Monat arbeiten. Bei einem Acht-Stunden-Tag würde dieses Arbeitszeitvolumen ganze 54 Tage in Anspruch nehmen. Das ist ein Witz.

Auch 22 Jahre nach dem Mauerfall soll es zwischen Ost und West unterschiedliche Mindestlöhne geben – ein Faktum, das nicht nachvollziehbar bleibt. So lässt sich Armut trotz Arbeit nicht verhindern – nein, so wird sie geradezu zementiert.

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns würde hingegen bedeuten, dass alle Unternehmen ihn zahlen müssten. Alle Marktteilnehmer hätten die gleichen Voraussetzungen, und ein



Grafik: Volker Pöschel

Wettbewerb über die Löhne würde verhindert. Mit einem höheren Lohnniveau könnte die Kaufkraft steigen, und die Nachfrage würde sich verbessern, was besonders für kleine und mittlere Unternehmen wichtig ist.

Die Arbeitslosen könnten endlich deutlich mehr Geld bekommen. Die bisherigen Erhöhungen des Hartz-IV-Regelsatzes um 2 bzw. 5 Euro waren lachhaft, zumal damit noch nicht einmal die Inflation ausgeglichen wurde.

Und das ständige Argument des Lohnabstandgebots zieht dann nicht mehr. Solange es aber die sogenannten Aufstocker gibt, bei denen der Lohn nicht zum Leben

reicht und zusätzlich Arbeitslosengeld II empfangen werden muss, wird sich hier wenig ändern. Dabei fordert DIE LINKE schon geraume Zeit, Hartz IV ganz abzuschaffen oder zumindest auf 500 Euro zu erhöhen.

Wer mehr Lohn erhält, zahlt auch mehr in die Rentenkasse und könnte also auch im Alter davon profitieren. Ganz abgesehen davon, ergibt sich bei einem insgesamt höheren Lohnniveau auch eine höhere Rente, da die Rentenformel dies berücksichtigt. Doch mit Mini-Mindestlöhnen kann die drohende Rentenarmut nicht verhindert werden.

Selbst wer 45 Jahre lang 10 Euro Stundenlohn bekommt, erzielt gerade mal einen Rentenanspruch in Höhe des Grundsicherungsbedarfs von 627 Euro. Hierzu sagt DIE LINKE deutlich, dass eine Mindestrente von 900 Euro durchaus angemessen ist.

Was fordern die Gewerkschaften? Vor einiger Zeit hieß noch ihr Schlagwort 7,50 Euro pro Stunde, was mittlerweile auf 8,50 Euro korrigiert wurde. Nun, das wäre zwar deutlich mehr, als manch einer heute verdient, genügt aber keineswegs. Das reiche Deutschland würde bei einem solchen Mindestlohn nur im europäischen Mittelfeld liegen.

DIE LINKE fordert wie auch die Sozialbewegungen in diesem Land schon lange einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro. Damit wäre die Teilnahme an Kultur möglich, ohne gleich das nötige Geld vom Munde abzusparsen. Und eine Urlaubsreise in den schönsten Wochen des Jahres wäre auch noch drin.

Was bleibt also von der Lohnuntergrenze à la CDU? Nicht viel mehr als ein faules Ei, das nicht nur stinkt, sondern auch noch Niedriglöhne fest schreibt. □

Übrigens...

Der hässliche Deutsche ist zurück:

»Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen«, schwadronierte Volker Kauder, Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf dem Leipziger CDU-Bundesparteitag 2011. Um den Vorbildcharakter deutscher Politik in Sachen Schuldenbremse zu verdeutlichen, verstieg sich Kauder zu diesem Satz - dem dümmlichsten Satz des Jahres 2011, gesprochen von einem führenden Unions-Politiker, meint »klarsicht«.



Der neue griechische Ministerpräsident heißt Papademos.



(Jetzt dürfen nur noch Väter in Griechenland gegen den Sparkurs auf die Straße gehen.)

»Ein bisschen Sex muss sein...«

... auch in Kanters Café, dem Café der anderen Art in Herges-Hallenberg – pardon, bitte keine lüsternen Fehlinterpretationen! Es handelt sich um ein künstlerisches Programm. Die Schauspielerin, Entertainerin und Moderatorin Dorit Gäbler offeriert eines ihrer erfolgreichen Soloprogramme. In atemberaubender Robe – rote und schwarze Hüte sowie grelle Dessous als Bühnendekoration am Kleiderständer – nimmt sie ihr Publikum mit in einen intuitiven Gedankenaustausch. Sie traut sich und beweist – wunderbar frech, ironisch und musisch –, dass man über Sex reden kann, ohne dabei moralische Grenzen zu überschreiten.

Charmant, sehnsuchtsvoll, manchmal auch derb singt Dorit Gäbler ihre Lieder: »Ich bin eine Frau, die weiß, was sie will«, »Warum soll eine Frau kein Verhältnis haben?« oder »Ich manch' mir einen Schlitz ins Kleid« – und auch das Publikum findet das wunderbar. Toll ist, wenn sie ihr Fett verteilt: an die Männer, an die Frauen, an die Bosse, an die Amerikaner, an die Politiker und auch an sich selbst: »Wenn ich morgens unverhüllt vor dem Spiegel stehe, sehe ich mein tägliches Feindbild«. Oder: »Hinter mancher Denkerstirn im Nadelstreifen steht auch heute noch ein Vakuum.«

Dorit Gäbler klopft nicht nur Sprüche. Ihre begleitende Mimik

und sparsame Handbewegungen verraten eine Meisterin gekannter Schauspielkunst und des gewandten Wortspiels: »Die einen haben das Geld für den Hut, und andere haben den Hut fürs Geld« oder »eine gesunde Verdorbenheit ist besser als eine verdorbene Gesundheit«.

Temperamentvoll und lasterhaft, herausfordernd und ironisch, einschmeichelnd und sentimental offeriert Dorit Gäbler singend, tanzend, spielend und moderierend ihren attraktiven künstlerischen Sexappeal in einer perfekten Ein-Frau-Show.

In der Pause gab mir Frau Gäbler folgendes Interview:

Frauen, Liebe, Erotik und Sex stehen in Ihren Programmen. Warum?

Weil es ursprüngliche Lebensthemen sind. Wer verstanden werden will, muss sich verständlich machen. Im Mittelpunkt meiner Shows stehen Frauen, starke, kluge und einfache, blonde und schwarze sowie die Probleme um sie herum. Ich mache mich mit meinen lauten und leisen Liedern und Versen und eben auch mit witzigen Moderationen verständlich. Aber leider sind diese Themen für manche Frauen meiner Generation auch heute noch ein Tabu. Das Gefühl, über den Wolken zu schweben, sich total in einem Rausch zu verlieren, ist ja in der Ehe eher die Ausnahme als die Regel.

Warum eigentlich? Wir haben doch heute die Möglichkeit, unserer Lust freien Lauf zu lassen und mit ein paar Tricks die Phantasie zu beflügeln. Die Sehnsucht, einen Menschen zu begehren, mit ihm glücklich zu sein, ist zum Glück nicht an Alter gebunden. Ja, ein bisschen Sex muss sein. Das gilt sowohl für das Leben als auch für die Kunst. Schon in der Antike gab es Hetären, die nicht nur für guten Sex zuständig waren, sie versorgten die mächtigen Liebhaber auch mit Kunst und Kultur.

Sie haben sich den Chansons verschrieben. Aus welchem Grund?

Obwohl ich Schauspielerin bin, singe ich auch sehr gern Chansons. Kurt Tucholsky hat einmal gesagt, dass Chansons Welttheater in drei Minuten seien. Damit hat er wirklich Recht. Ich habe meine Shows in diesem Sinne schauspielerisch aufgebaut. Also, wenn ich »Lili-Marleen« singe, dann bin ich das Mädels an der Laterne. Und wenn man weiß, dass jede Epoche ihre »Femme fatale« hatte – den besonders attraktiven und verführerischen Frauentypus –, der »ehrbare« Männer um den Verstand brachte; warum sollte eine Künstlerin mit diesem Thema nicht auch spielen dürfen?

Sieht eine Frau gut aus, ist das insofern von

Nachteil, weil sie oft genau darauf reduziert wird. Mein Eindruck ist, dass sich viele Frauen heute in dieses Klischee einordnen, sich nicht zu ihren Forderungen äußern und dann auch nichts bewegen können. Ich ziehe da den frechen Weg vor: nicht nur Freundlichkeit und Anpassung sondern Anecken und Provokation.

Wie sonst sollen feste Strukturen aufgeweicht und geändert werden? Wichtig dabei sind Verbündete. In meinem Fall sind es eben



Unsere Autorin Usula Weidenbecher (l.) im Gespräch mit Dorit Gäbler

oft Frauen. Mit ihnen ist es leichter zu arbeiten, wir ticken gleich, und das führt uns schneller zum Ziel. Eines haben wir Frauen außerdem gemeinsam: Wir wollen oft das, was wir haben, weitergeben und teilen. Dieser Wille bringt viel Motivation und Zufriedenheit mit.

Auch den starken Frauen geben Sie gebührenden Platz in Ihrer künstlerischen Arbeit?

Ja, zum Beispiel heißt »Starke Frauen« ein Unterhaltungsprogramm mit leisen und lauten Liedern, mit Versen und witzigen Moderationen. Erotische Szenen wechseln ab mit dem Nachdenken über Fehler, die man erkannt hat und doch immer wieder macht. Ich denke, die Zeit der unverstandenen Frauen ist vorbei.

Sie touren mit Programmen über Marlene Dietrich und Hildegard Knef durchs Land. Wo kann man Sie sehen?

Man kann mich auch buchen. Schauen Sie ins Internet – zum Beispiel für »Nimm dich in Acht vor blonden Frauen«. Das ist meine Hommage an Marlene Dietrich. Ich verpacke sie in einen musikalischen Lebenslauf, singe Lieder von »Pfaff, der Zauberdrahe« bis »Lili-Marleen« und spreche über bisher noch unbekannte Details aus ihrem Leben.

Mit »Der geschenkte Gaul« erinnere ich an das wechselvolle Leben der Knef, einer begnadeten Künstlerin. Ich weiß, von den Liedern der Knef können viele nicht genug bekommen. Die raue Stimme, der Stil, das kämpferische Selbstbewusstsein – da bin auch ich in meinem künstlerischen Element. Das Leben hat die Knef oft genug aus dem Sattel geworfen. Aber sie kam immer wieder in Trab, und sie hat uns als couragierte, kreative, warmherzige Künstlerin davor bewahrt. Diesen Lebensmut und Kampfeswillen weiterzugeben, ist Anliegen meines Porträts über diese starke Frau.

Aber auch mit »Ein Kessel Buntes« bediene ich viele Geschmacksrichtungen: etwas fürs Gefühl, etwas Prickelndes, Freches sowie etwas zum Lachen und zum Nachdenken. Ich verbinde Songs mit frischen Moderationen, bereichere das 100-Minuten-Programm mit Sketchen und eigenen Liedern.

Und dann habe ich auch noch »Chansons, Chansons«. Es ist ein Rendezvous mit den Chansons dieser Welt. Ich denke, ein Lied kann berühren wie der erste Schmetterling im Frühling, kann Erinnerungen wecken – schöne, schmerzhaft.

Oft haben wir vergessen, was wir als Kinder bestaunt haben. Lieder erinnern uns. Dabei schwingt unsere Seele frei, und unser Herz wird warm.

Danke für dieses Interview.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll ein Verbot des Thüringer Verfassungsschutzes geprüft werden. Warum? Weil der Verfassungsschutz ein Organ der Rechtspflege ist. Die V-Männer des »Thüringer Heimatschutzes« aus den Reihen von NPD und Nationalsozialistischem Untergrund (NSU) sind bereits aus den links-blind-äugigen Netzwerken abgezogen worden. Das ist wieder mal typisch für die Stasi, äh, Verzeihung - kleiner Versprecher - ich meine natürlich den Staschu. *)

Die adlige Landkreismetropole Gotha will nach Inkrafttreten des Verbots dem »Unbekannten Verfassungsschützer« ein Denkmal auf dem Hauptfriedhof errichten lassen. Der ursprünglich geplante Standort am Kulturhaus ist verworfen worden, weil das Image des Denkmals

der Öffentlichkeit abträglich sei, und es zu erheblichen Verkehrseinschränkungen gekommen wäre.

Die Kameraden des umbrärfarbenen »Heimatschuss-Schutzes« der Achse

DIE AKTUELLE GLOSSE

Nürnberg - Zwickau fordern jedoch, dass der Sockel des Thälmann-Gedenksteins an der Südwestseite des Gebäudes entfernt wird, um jegliche Spuren von »Linksterrorismus« zu beseitigen. Es geht weiterhin das Gerücht um, dass Teile des runden Tisches von 1989 am neuen

Denkmal mit verbaut werden sollen. Eine Bestätigung lag Klara Klarsicht bis zum Redaktionsschluss jedoch nicht vor.

**Eure
(ver)fassungs(schutz)lose KK**

*) In der Bundesrepublik Deutschland wird die Aufgabe des Staatsschutzes insbesondere vom Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesbehörden für Verfassungsschutz (im Rahmen der inneren Sicherheit), vom Militärischen Abschirmdienst (im Bereich der Bundeswehr), vom Bundesnachrichtendienst (im Bereich der äußeren Sicherheit) sowie von den örtlich übergeordneten Polizeidienststellen der Kriminalpolizei (ordnungsbehördlicher und polizeilicher Staatsschutz = BKA/LKA) wahrgenommen.



NIEDERMEIEREIEN / Glaubwürdigkeit

»Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht,
auch wenn er jetzt die Wahrheit spricht!«
Wogegen der die Kurve kriegt,
der unverdrossen weiter lügt.

Hier waren Meister die Banausen
einst Joseph Goebbels und Münchhausen.
Auch die Angela ist fürwahr
in diesem Brauchtum unschlagbar.

Sie sei als Schülerin empört
stets aus der Schule heimgekehrt,
denn damals in der DDR
fiel ihr das Leben furchtbar schwer.

Im Bauch voller Empörung pur
machte sie danach das Abitur.
Vom Unrechtsstaat tyrannisiert,
hat sie dann auch Physik studiert,
sogar - doch nicht aus freien Stücken -
im Mutterland der Bolschewiken.

Sie schmachtete im Studium,
natürlich mit Stipendium.
Und leider war sie da - oh Gott -
auch Sekretär der FDJ.

Weil Widerspruch ihr schwer gelang,
wurde sie Doktor - unter Zwang.
Und unter Zwang malochte sie
danach an der Akademie.

Und ständig lag sie unerkannt
und gut versteckt im Widerstand.
Seit '89 mit viel Glück
ist sie nun in der Politik.

Weil Gleich und Gleich sich gern gesellt
und weil ihr Blaugelb gut gefällt,
vereinte sie sich auf die Schnelle
mit Schwätzer Guido Westerwelle.

Von »spätromischer Dekadenz«
palaverte der eitle Stenz.
Er meinte nicht seine Anhänger,
sondern alle Hartz-IV-Empfänger.

Jetzt kauft' er für fast zwei Millionen
in Palma, wo die Reichen wohnen,
eine Luxus-Villa feinsten Art,
die er vom Munde abgespart.

Die Pharisäer raten allen,
sie soll'n den Gürtel enger schnallen,
weil sonst der Kurs der Börse fällt.
Das sei der Untergang der Welt!

Dafür kriegen sie noch Applaus,
denn Dumme sterben niemals aus.
Aus diesem Grunde macht das Lügen
Politikern ein Mords-Vergnügen!

Heinz Niedermeier



Dr. Theodor Neubauer geehrt



Fotos (3): L.Adler

»Als Bürgermeister der Gemeinde Tabarz dulde ich keinen Rechtsextremismus. Ich spreche mich deutlich für ein friedliches, tolerantes und demokratisches Miteinander

Der Tabarzer Bürgermeister ehrte gemeinsam mit Jugendlichen aus der Regelschule »Am Inselsberg«, mit Vertretern der LINKEN und des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes den am 12. Dezember 1890 geborenen Lehrer, Dr. Theodor Neubauer, der als Kommunist und Widerstandskämpfer am 5. Februar 1945 unter dem Fallbeil der Nazis starb. Menschen wie er können und müssen noch heute Vorbild sein im Engagement gegen die braune Ideologie, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Hinzu kommt, dass er als Pädagoge immer

das Ziel verfolgt hat, junge Menschen mit einer umfassenden humanistischen Bildung auszustatten.

Nur solchen ist es letztendlich möglich, selbstbewusst friedliche Konfliktlösungen in der Gesellschaft zu suchen und zu finden.

Die gegenwärtigen Erkenntnisse über die furchtbaren Verbrechen der Neonazis in Deutschland zeigen, dass es nicht reicht, sich auf Polizei, Verfassungsschutz und Justiz zu verlassen.

Wirklicher Schutz vor den Einflüssen

aus. Ebenso ist es mir wichtig, Persönlichkeiten wie Dr. Theodor Neubauer in unserem Gedächtnis zu verankern», sagte Matthias Klemm.

menschenverachtender Ideen kann nur durch Bildung und größtmögliche soziale Gerechtigkeit hergestellt werden. Darauf verwies unter anderem der Kreisvorsitzende des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes, Martin Mürb.

Die Schüler der 10. Klasse der Tabarzer Schule stellten erste Ergebnisse ihrer Arbeiten über Theodor Neubauer und andere Widerstandskämpfer vor, sie erzählten von bevorstehenden Belegarbeiten und rezitierten ein Gedicht Neubauers. □

Zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg



Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin von Freikorps-Soldaten verhaftet und nach schweren Misshandlungen feige ermordet.

Die Unterschrift für diese Tat gab der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske. Das geschah nur wenige Tage nach der blutigen Niederschlagung des Januar-Aufstandes.

Karl Liebknecht wurde mit Schüssen aus nächster Nähe in Berlin-Tiergarten hingerichtet und Rosa Luxemburgs Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen, wo sie erst Ende Mai 1919 gefunden wurde. Deshalb musste ihr Sarg leer

bleiben, als er symbolisch mit 31 weiteren Opfern des Aufstandes am 25. Januar 1919 auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde zu Grabe getragen wurde. Der Trauerzug wurde zu einer beeindruckenden Massendemonstration.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (beide 1871 geboren) waren die führenden Köpfe der revolutionären Bewegung und gründeten 1915 den Spartakusbund. Die Ermordung der beiden Kommunisten, von denen es später in der Presse hieß, Liebknecht sei auf der Flucht erschossen und Luxemburg von einer aufgebrachtsten Menge gelyncht worden, riefen auch im Bürgerertum Empörung hervor. Mit Verständnislosigkeit reagierten große Teile der Öffentlichkeit, als ein Gericht die maßgeblich an den Morden beteiligten Offiziere einige Monate später freisprach.

Der Graben zwischen der Revolutionären Lin-

ken und der Sozialdemokratischen Partei wurde nun noch tiefer. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg blieben ihrem selbst gewählten Anspruch treu bis in den Tod. Mit der Konsequenz ihres Handelns und der unbestechlichen Klarheit ihres Denkens zogen sie sich den Hass des auf Profitmaximierung verpflichteten Systems zu.

Am 15. Januar 2012 findet – wie jedes Jahr – eine Demonstration zur Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde statt. So wie einst Liebknecht und Luxemburg müssen auch wir dem jetzt herrschenden System kritisch gegenüberstehen und dürfen nicht alles hinnehmen, was man uns vorsetzt. Wir haben ein Vermächtnis zu erfüllen.

Christine Brand

Ein Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wurde am 3. Januar 1996 durch Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt und auf den 27. Januar festgelegt.

Am 27. Januar 1945 hatten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit. Dieses KZ steht symbolhaft für die Ermordung von Juden, Christen, Sinti und Roma, von politisch Andersdenkenden, Menschen mit Behinderungen, Homosexuellen, Kriegsgefangenen und Deserteuren, von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und für die Millionen Opfer des Nazi-Regimes.

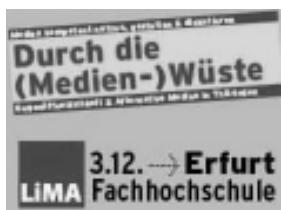
Herzog führte in seiner Proklamation aus: »Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die

Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.«

Als erster Vertreter der Sinti und Roma hielt der Niederländer Zoni Weisz im Jahr 2011 im Deutschen Bundestag bei der Gedenkveranstaltung eine Rede.

Bereits vor seiner Benennung durch den Bundespräsidenten in Deutschland wurde dieser Tag unter anderem in Israel (seit 1959) und in Großbritannien offiziell als Gedenktag begangen.

Am 1. November 2005 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar in einer Resolution offiziell zum Internationalen Holocaust-Gedenktag. □



Unter dem Motto »Medienkompetenz – Netzwerk – Gegenöffentlichkeit« fand am 3. Dezember 2011 an der Fachhochschule Erfurt eine Weiterbildungsveranstaltung der LiMAregional für Medienmacher der Partei DIE LINKE sowie anderer Verbände und Vereine statt. Aus dem Landkreis Gotha nahmen Bernd Fundheller, Christiane Kranz und ich an der Veranstaltung teil. Als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter bin ich seit vielen Jahren bei den Fortbildungskursen der linken Texter, Fotografen und Layouter dabei.

Das Ziel der LiMA ist es, regional und dezentral linksalternative Medien und Gegenöffentlichkeit zu fördern, Weiterbildung mit Debatten zu verknüpfen und die Vernetzung alternativer Medienmacher vor Ort zu unterstützen. Mittel und Methoden sind Fachvorträge, praxisnahe Workshops, Diskussionen und viel Raum zum Kennenlernen alternativer Medienmacher und Medieninteressierter.

Für ehren- und hauptamtliche Medienmacher bietet die LiMA eine ausgezeichnete Plattform zur Öffentlichkeitsarbeit, zur Kampagnenplanung, zu journalistischem Schreiben, zum Videoaktivismus, zur Fotografie oder Layout- und Satzarbeit. Die verschiedenen Workshops der LiMAregional werden von einem renommierten Dozenten-Team angeboten, das sich vor allem aus erfahrenen Medienakteuren der Region zusammensetzt. Die LiMAregional-Konferenzen werden vom gemeinnützigen Verein »Linke Medienakademie e.V.« (LiMA) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit dem Helle Panke e.V. und vielen Landesstiftungen sowie regionalen Unterstützern und Partnern veranstaltet.

In Berlin organisiert die LiMA einmal jährlich den mehrtägigen linksalternativen Medienkongress »LiMA – Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz«. Mit über 1200 Teilnehmern zeigte die LiMA im Jahr 2011 eindrucksvoll, wie groß der Bedarf an Workshops, Diskussionen, Kursen und Training für Medienmacher ist. Die 9. LiMA findet vom 21. bis 25. März 2012 in Berlin statt. (Tickets unter: www.amiando.com)

In seinem Grußwort führte der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Thürin-



Unser Autor: Wolfgang Möller, Mitglied der ehrenamtlichen »klarsicht«-Redaktion und der Bundesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter

ger Landtag, Bodo Ramelow, die viel beschworene »Medienvielfalt« in der Bundesrepublik ad absurdum. In den regionalen Thüringer Tageszeitungen TA, TLZ und OTZ zum Beispiel bestimmt der WAZ-Konzern, was publiziert wird und was nicht. Im Eröffnungsvortrag stellte der Berliner Publizist Dr. Hans-Jürgen Arlt eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung mit dem Thema »Drucksache BILD – Fehlanzeigen Journalismus« vor. Darin wies er nach, wie rund 3 Millionen BILD-Lesern tagtäglich die höchstmögliche Auflage mit allen Mitteln zum Zweck verkauft wird. Dagegen halten solche Blätter, die seriösen Journalismus machen und dabei versuchen, die höchstmögliche Auflage zu erreichen.

Es folgte eine Reihe von Workshops zu breit gefächerten Themen: Öffentlichkeitsarbeit für Gewerkschaften und Kommunalpolitiker, Kampagnenarbeit, Stimme und Sprechen vor dem Mikrofon, Rhetorik, Rund um die Pressemitteilung, Texten und Titeln, Presse-, Medien- und Urheberrecht, Sicheres Surfen, Datensicherheit, Videoaktivismus, Web 2.0 (Twitter, Facebook & Co.), Layout und Bildbearbeitung mit Open-Source-Software GIMP und Scribus.

Training an einem brisanten Thema

Ich nahm am Workshop »Texten für Fortgeschrittene – Texten & Titeln für eigene Publikationen« mit dem Redakteur von »Neues Deutschland« Jörg Staude aus Berlin teil. Wir lernten, wie dies auch ohne langwierige journalistische Ausbildung schnell und professionell gesche-

Hundert Todesopfer verschwiegen?

DIE LINKE korrigiert die offiziellen Zahlen der durch rechtsextreme Gewalt getöteten Personen

Von Wolfgang Möller

Berlin. »Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird in der Zivilgesellschaft gewonnen – oder verloren.« Mit diesem Leitmotiv begründete die Abgeordnete der Partei DIE LINKE Petra Pau auf der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Dezember die Große Anfrage vom März 2011 zu den 137 Todesopfern rechter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990.

Pau bemängelte die Diskrepanz von 48 offiziell gemeldeten Todesopfern, während nach Recherchen seriöser überregionaler Tageszeitungen wie »DIE ZEIT« oder »Der Tagesspiegel« von 148

Wie rechtsextreme Gewalt journalistisch verarbeitet wird

hen kann. Eine Übung bestand darin, Berichte aus vier überregionalen Tageszeitungen über die Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage der Partei DIE LINKE zu analysieren und selbst einen Beitrag darüber zu verfassen. Hier meine journalistische Arbeit:

Morden die Rede ist, die zehn Fälle der jüngst aufgedeckten Zwickauer Nazi-Zelle eingeschlossen.

Im Antwortpapier der Bundesregierung wird die Zahl 48 begründet. So können nach den Ermittlungen der Verfassungsschutzämter sowie des Bundeskriminalamtes und der Landeskriminalämter Tötungsdelikte nicht immer eindeutig dem »rechtsextremen Milieu« zugeordnet werden, sondern »weisen oftmals auch eine stattliche Karriere in der Allgemeinkriminalität auf«.

Petra Pau bringt das Dilemma kriminell oder rechts oder beides auf den Punkt: »Wir haben offenbar eine gravierende Fehlstelle in der offiziellen Wahrnehmung rechtsextremer Gewalt. (...) Deshalb wiederholt DIE LINKE ihre Forderung: Wir brauchen endlich eine parteipolitisch unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.«



Fotos: Christiane Kranz

Christiane Kranz: **Gorleben soll leben**

In den 1970er Jahren brauchte die Bundesrepublik Deutschland eine schnelle Lösung für die Lagerung des atomaren Mülls. Gorleben wurde nicht zuerst aus sachlichen Erwägungen ausgewählt, sondern viel mehr aus politischen Gründen – die Grenznähe zur DDR.

Bereits 1981 stellten Geologen fest, dass das Grundwasser direkten Kontakt zum Salzstock hat. Folglich könnten radioaktive Stoffe ins Grundwasser gelangen. Zudem befindet sich der Salzstock Gorleben über dem größten Erdgasvorkommen Deutschlands. Und seit Sommer 2011 werden die

Auch im November des vergangenen Jahres rollten wieder die Castorbehälter ins Zwischenlager Gorleben. Atomkraftgegner hatten zur Großkundgebung am 26. November 2011 in Dannenberg aufgerufen.

Für die Thüringer Teilnehmer der Kundgebung stellte der Bundestagsabgeordnete Ralf Lenkert (DIE LINKE) einen Bus zur Verfügung. Als wir das Wendland erreichten, tauchten immer öfter geheimnisvolle Zeichen vor den Gehöften auf: große gelbe X und gelbe Fässer mit dem Atomsymbol. Im Wendland hat der Protest viele Formen angenommen. Kurz vor Dannenberg tauchte auch immer mehr Polizei auf, und wir mussten auf Umwegen unsere Fahrt fortsetzen.

Das letzte Stück der Strecke legten wir zu Fuß zurück, um uns dann mit tausenden Menschen zu vereinen und gemeinsam zur Kundgebung zu gehen. Auf einem riesigen Acker drängten sich über 23 000 Teilnehmer aus allen Gegenden Deutschlands. Es bot sich ein buntes Bild: Gelbe Fahnen mit der roten Sonne, grüne Fahnen mit

Richtwerte für die Belastung mit radioaktiver Strahlung überschritten.

Bisher haben deutsche Atomkraftwerke 6000 Tonnen hochradioaktiven Atommüll erzeugt, und jährlich kommt neuer hinzu. Bis zum geplanten Atomausstieg 2022 werden es weitere 2000 Tonnen sein.

Angeblieh ist die Bundesregierung auf der Suche nach einem sicheren Endlager. Wieso werden dann 73 Millionen Euro Steuergelder für den Ausbau des Salzstockes in Gorleben ausgegeben und nur 3 Millionen für die Suche nach Alternativen?

der Aufschrift »Gorleben soll leben«, unzählige Losungen wie beispielsweise »Merkel zum Aufräumen nach Fukushima« waren zu sehen. Auf der einen Seite des Ackers standen hunderte Traktoren der Bauern aus der Umgebung.

Unglaublich, wie viel Polizei aus ganz Deutschland bei dieser friedlichen Kundgebung im Einsatz war. Von einer großen Tribüne sprachen mehrere Redner zu uns. Am meisten bewegte uns die Rede einer japanischen Mutter, die mit ihren beiden Kindern aus Fukushima angereist war. Immer wieder kamen ihr die Tränen, als sie über das Erlebte berichtete. Ihr kleines Töchterchen stand tröstend zur Seite. Sie habe es nicht geschafft, ihre Kinder zu schützen. Deshalb kämpft sie heute ebenfalls gegen die Atomkraft.

Der Vorsitzende vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Prof. Dr. Hubert Weiger, rief eindringlich dazu auf, endlich Energie zu sparen und zum Beispiel mit dem wahnsinnigen Energiekonsum gerade in der Weihnachtszeit aufzuhören. Allein zwei Atomkraftwerke sind damit in Betrieb, um den Strom zu erzeugen, der nur für den Stand-by-Modus elektrischer Geräte verbraucht wird.

Kämpferische Worte richtete Jochen Stay, Mitbegründer der Anti-Atombewegung, an die Teilnehmer der Kundgebung: »Wir geben nicht auf, bis dieser völlig ungeeignete Salzstock Gorleben endlich von der Landkarte verschwindet. (...) Die Wut und die Empörung, die angesichts von 35 Jahren Lug und Trug um Gorleben angemessen wären, sind unvorstellbar. (...) Wir werden da sein, wir werden viele sein – und unsere Ausdauer ist gigantisch. Zieht euch warm an!«

- Wer die Erklärung »Gorleben soll leben! Kein Atommüll-Endlager im maroden Salzstock« online unterschreiben will und die Bundesregierung dazu auffordern will, die Pläne für ein Endlager im Salzstock Gorleben sofort aufzugeben, findet unter
- www.ausgestrahlt.de die entsprechende Unterschriften-Liste.

Verein **kubiXX** e.V.

Am 8. und 22. Januar 2012
Frühschoppen ab 9 Uhr

Mit der LINKEN in die Zukunft – Bürgerideen. Politiker fragen – Bürger antworten. Wie können wir die Lebensqualität gemeinsam verbessern?
 Mit Bernd Fundheller und Gästen.

Themen:
 Kitas
 Schulen
 Einkaufszentrum
 Schwimmbad
 Abgaben
 Straßen
 Denkmal

Blumenbachstr. 5
 99867 Gotha
 Fon: (03621) 85 61 62
 Fax: (03621) 85 61 64



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag

		zum	am
Elfriede Hartmann	Waltershausen	89.	02. Januar
Ursula Scheringer	Großfahner	68.	04. Januar
Friedrich Kraut	Gotha	80.	05. Januar
Werner Brand	Döllstädt	72.	05. Januar
Helmut Wollschläger	Friedrichroda	75.	06. Januar
Siegfried Weidemüller	Ingersleben	69.	06. Januar
Wolfgang Döll	Gotha	80.	07. Januar
Helene Kühmel	Finsterbergen	88.	10. Januar
Ellen Hillbrunner	Luisenthal	72.	10. Januar
Gerd Grahmann	Ingersleben	68.	13. Januar
Lia Heine	Gotha	82.	15. Januar
Helga Schmidt	Waltershausen	76.	15. Januar
Ellen Henneberg	Nottleben	68.	15. Januar
Ingrid Kraut	Gotha	63.	16. Januar
Christel Frank	Gotha	69.	19. Januar
Wolfgang Degenhart	Apfelstädt	67.	19. Januar
Bernd Junior	Gotha	89.	22. Januar
Kurt Härtel	Gräfenhain	68.	22. Januar
Manfred Graßhof	Gotha	72.	23. Januar
Gisela Sondermann	Kleinretzbach	68.	24. Januar
Jürgen Plöger	Gotha	63.	26. Januar
Christel Lange	Gotha	61.	26. Januar
Ingeborg Sittig	Gotha	84.	28. Januar
Kurt Reichardt	Gotha	84.	29. Januar

Auch allen anderen Genossinnen und Genossen, allen anderen Leserinnen und Lesern, wünschen der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und die »klarsicht«-Redaktion alles Gute zum Ehrentag.

Termine Januar 2012

02.01.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
04.01.	14:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
08.01.	09:00	Frühschoppen Vereinszimmer kubiXX
10.01.	18:00	Kreisvorstandssitzung Geschäftsstelle
11.01.	17:00	Mitgliederversammlung kubiXX Vereinsz. kubiXX
16.01.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
17.01.	14:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
	17:00	Neujahrsempfang für Mitglieder von Kreisvorstand, Kreistagsfraktion und Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro Vereinszimmer kubiXX
20.01.	15:00	Treff der Briefmarkenfreunde Vereinszimmer kubiXX
	16:00	Landesvorstandssitzung Landesgeschäftsstelle Erfurt
22.01.	09:00	Frühschoppen Vereinszimmer kubiXX
26.01.	17:00	Beratung mit den Basisvorsitzenden Geschäftsstelle
	17:00	2. Russischer Abend Vereinszimmer kubiXX
28.01.	09:30	Bildungstag DIE LINKE. Thüringen Elgersburg
30.01.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; im Internet unter: www.die-linke-gotha.de; E-Mail: rsgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64.

Redaktionskontakte: 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de

Redaktionsleiter: Lothar Adler (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 64 68, E-Mail: wkb-gotha@martinarennner.de **Redaktionsmitglieder:** Christine Brand, Gerhard Möller, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Volker Pöschel, Sebastian Schreiner, Gerd Wagenknecht, Ursula Weidenbecher. **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich. **Redaktionsschluss:** jeweils am 15. des Vormonats. **Ihre Zuschriften** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich. Die mit ☐ gezeichnete Artikel sind Redaktionsbeiträge. **Spendenkonto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, BLZ 82064168, Kto-Nr. 2076616.

Ist doch klar(sicht)...

Es wird keine
allgemeinen Lohn-
untergrenzen geben!

Dafür aber auch
keine allgemeinen
Lohnobergrenzen!



Gerechter Kompromiss

17. Politischer Aschermittwoch des Kreisverbandes DIE LINKE. Gotha

Hallo und helau, liebe Leserschar,
am Aschermittwoch in diesem Jahr
geht's wieder rund von sie'm bis zehn.
Politiker könn' was erleehm.
Es wird durch den Kakao gezogen,
was sie jahrelang gelogen.
Drum, Leute, lasst's Euch nicht entgeh'n.
Ihr braucht auch gar nicht Schlange steh'n.
Ein Anruf nur und fast im Nu
geht Euch danach 'ne Karte zu.
Kabarett, manch Firlefanz,
Büttenreden, Bühnentanz,
vieles wird dann dargebracht,
was Euch große Freude macht.

Wann?

**Am Mittwoch, dem
22. Februar 2012,
von 19.00
bis 22.00 Uhr**

**Gothaer
Kulturhaus
Theatercafé
Ekhoftplatz 3**

Wo?

Eintrittskarten

zum Preis von 5 Euro (ermäßigt 3,50 Euro) sind
ab 16. Januar 2012
in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Gotha,
Blumenbachstraße 5, 99867 Gotha erhältlich.

Bestellungen

sind telefonisch unter (03621) 85 61 62
oder per E-Mail unter der Adresse
kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de
möglich.